Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9403**

18. Wahlperiode 15.08.2016

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/9296 –

Bilanz der Zwangsverrentung und mögliche Reformoptionen

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach § 12a Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) können Personen, die das 63. Lebensjahr vollendet und die Voraussetzungen für eine vorgezogene Rente wegen Alters erfüllt haben, gegen ihren Willen verrentet werden. Der rentenrechtliche Grundsatz, dass ausschließlich die betroffenen Personen über ihren Antrag auf eine vorgezogene Rente entscheiden, wird ausgehebelt. Daher handelt es sich um einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen – um eine Zwangsverrentung.

Die Rentenansprüche der Betroffenen werden dabei dauerhaft abgesenkt, weil für jeden Monat des vorzeitigen Rentenbezugs Abschläge in Höhe von 0,3 Prozentpunkten auf die durch eigene Beiträge erworbenen Rentenansprüche erfolgen. Dies bedeutet aktuell (im Jahr 2016) bei einem Renteneintritt mit Vollendung des 63. Lebensjahrs eine lebenslange Kürzung der Altersrente in der Regel von 8,7 Prozent.

Nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung (vgl. Bundestagsdrucksache 18/152, S. 5) spielt die Höhe der Rentenansprüche der Betroffenen bei der Zwangsverrentung keinerlei Rolle. Es wird weder geprüft, ob die Rentenansprüche bei vorzeitigem Renteneintritt das menschenwürdige Existenzminimum sichern, noch wird ausgeschlossen, dass aufgrund der Abschläge auf die vorgezogene Altersrente eine dauerhafte Fürsorgeabhängigkeit im Alter überhaupt erst geschaffen wird.

Diejenigen, die nach einer Zwangsverrentung dauerhaft auf Fürsorgeleistungen angewiesen sind, haben bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze weder Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB II noch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Personen erhalten lediglich Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Hier herrschen deutlich restriktivere Anrechnungsbedingungen. Vermögen – auch bei Hartz IV noch geschütztes Altersvorsorgevermögen – muss weitgehend aufgebraucht werden, bevor überhaupt ein Leistungsanspruch entsteht. Auch kann ein Rück-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 12. August 2016 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

griff auf Einkommen und Vermögen von Kindern und Eltern erfolgen. Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit im rentennahen Alter werden so auf die betroffenen Personen abgewälzt.

Lediglich die Verordnung zur Vermeidung unbilliger Härten durch Inanspruchnahme einer vorgezogenen Altersrente (Unbilligkeitsverordnung – UnbilligkeitsV) vom 14. April 2008 schützt einen Teil der SGB-II-Leistungsberechtigten vor der Zwangsverrentung. Die dort niedergelegten Kriterien bieten den Betroffenen jedoch keinen ausreichenden Schutz vor einer drohenden Zwangsverrentung.

Die Unbilligkeitsverordnung soll nach dem Willen der Koalitionsarbeitsgruppe „Flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand“ vom 10. November 2015 ergänzt werden. Folgendes Kriterium soll nach dem Abschlussbericht neu aufgenommen werden: „Unbillig ist die Inanspruchnahme, wenn Leistungsberechtigte dadurch hilfebedürftig im Sinne der Grundsicherung im Alter werden würden. Dies ist anzunehmen, wenn der Betrag in Höhe von 70 Prozent der bei Erreichen der Altersgrenze (§ 7a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger ist als der zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch“ (vgl. www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/0_Home/meldungen/2015_11_10_vorschlaege_flexi_koalition.html).

In einer Anhörung von Sachverständigen am 1. Dezember 2014 im Ausschuss für Arbeit und Soziales wurde die Vermeidung des Grundsicherungsbezugs im Alter als „kleine Lösung“ diskutiert und mehrheitlich als unzureichend und zu bürokratisch kritisiert. Die Mehrzahl der Sachverständigen teilte die Forderung der Fraktion DIE LINKE. (http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/18/005/1800589.pdf) nach Abschaffung der sog. Zwangsverrentung (vgl. „Experten kritisieren den Renten-Automatismus“, www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a11/kw49_pa_arbeit_soziales/341888). Kritisiert wurden u. a. der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen und die Tatsache, dass die Zwangsverrentung dem Ziel der Arbeitsmarktintegration zuwiderlaufe.

Hieraus und aus dem andauernden Zustand der Zwangsverrentung ergeben sich Fragen an die Bundesregierung.

1. Welches Verfahren ist den Trägern des SGB II für den Verweis auf einen vorzeitigen Rentenbezug aktuell vorgeschrieben?

2. In welchen Dokumenten sind die Verfahren nach Kenntnis der Bundesregierung niedergelegt, welche Verbindlichkeit haben diese Dokumente für die Jobcenter (bitte ggf. differenzieren nach gemeinsamer Einrichtung und zugelassenem kommunalem Träger), und welche konkreten Voraussetzungen, Bedingungen und Ausnahmekonstellationen sind in diesen Dokumenten für eine Zwangsverrentung benannt?

Leistungsberechtigte sind nach § 12a Satz 1 SGB II verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist. Dazu gehört auch die Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente nach Vollendung des 63. Lebensjahres, § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II. Diese Pflicht besteht nicht, wenn ein Ausnahmetatbestand nach der Unbilligkeitsverordnung vorliegt.

Sind die Leistungsberechtigten zur Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente verpflichtet, sind sie nach § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II zu deren Beantragung aufzufordern. Kommen die Leistungsberechtigten der Aufforderung des Jobcen-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

ters nicht nach, so kann der Antrag von den Jobcentern gestellt werden (§ 5 Absatz 3 SGB II). Im Falle einer Ablehnung oder Versagung durch den Rententräger können die Jobcenter entsprechende Rechtsmittel einlegen.

Für die gemeinsamen Einrichtungen ist dieses Verfahren in den Fachlichen Weisungen zu den §§ 5 und 12a SGB II geregelt; diese sind für die gemeinsamen Einrichtungen auch verbindlich.

3. Welchen Gestaltungsspielraum überlässt der Gesetzgeber den Jobcentern bei der Ausführung der Vorschriften zur Zwangsverrentung und der Anwendung der Unbilligkeitsverordnung?

Stellen Leistungsberechtigte trotz Aufforderung durch das Jobcenter den erforderlichen Antrag auf vorzeitige Altersrente nicht, können die Jobcenter nach § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II den Antrag stellen sowie Rechtsbehelfe und Rechtsmittel einlegen. Die Anwendung des § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II steht somit im Ermessen der Jobcenter. Weitere Gestaltungsspielräume bestehen nicht, weil die in der Unbilligkeitsverordnung genannten Tatbestände abschließend sind. Bei der Ausübung des Ermessens sind die Interessen der Allgemeinheit an einer nachrangigen Erbringung der steuerfinanzierten Geldleistungen nach dem SGB II gegenüber den Interessen der Leistungsberechtigten an einer ungekürzten Rentenzahlung abzuwägen. Soweit im Einzelfall Gründe vorliegen, die die Interessen der Allgemeinheit überwiegen, kann von einer Aufforderung zur Antragstellung auf eine vorzeitige Rentenantragstellung abgesehen werden. Die Anwendung der Unbilligkeitsverordnung steht demgegenüber nicht im Ermessen der Jobcenter.

4. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von der Umsetzung des § 12a SGB II und der Unbilligkeitsverordnung durch die sog. Optionskommunen?

Der Bundesregierung liegen hierzu mangels Aufsicht keine Informationen vor.

5. Wie werden der Verweis auf einen vorzeitigen Rentenbezug und sein Ergebnis nach Kenntnis der Bundesregierung administrativ dokumentiert und statistisch aufgearbeitet?

Bei der Aufforderung zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente handelt es sich um einen Verwaltungsakt, der in der Leistungsakte zu dokumentieren ist. Eine statistische Erfassung erfolgt nicht.

6. Welche rechtlichen Änderungen müssten aus Sicht der Bundesregierung vorgenommen werden, um die vorhandenen Kenntnisse statistisch auszuwerten, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bisher darauf verzichtet, diese Änderungen zu initiieren?

Aus Sicht der Bundesregierung lässt sich der mit der statistischen Erfassung der Aufforderungen zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente bzw. anderer Sozialleistungen verbundene hohe Aufwand nicht rechtfertigen. Die Bundesregierung hält eine solche statistische Erfassung im Übrigen auch nicht für erforderlich.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

7. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen Leistungsbeziehende aufgrund vermeintlich fehlender Mitwirkung bei der Antragstellung auf Altersrente mit Abschlägen durch das Jobcenter reduzierte Leistungen erhalten haben bzw. ihnen Leistungen ganz vorenthalten wurden?

   a) Wenn ja, wie viele Fälle sind bekannt, und welche Jobcenter sind betroffen?

   b) Mit welcher Rechtsgrundlage sind ggf. derartige Leistungsbeschränkungen begründet worden?

   c) Welche Konsequenzen ziehen ggf. die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit?

   d) In wie vielen Fällen haben Leistungsberechtigte gegen die Leistungseinschränkungen Widerspruch und/oder Klage eingereicht?

      Mit welchem Ergebnis?

Eine Leistungsbeschränkung oder gar -ablehnung aufgrund der fehlenden Mitwirkung bei der Beantragung einer vorzeitigen Altersrente wäre rechtswidrig. Der Bundesregierung sind keine entsprechenden Fälle bekannt.

8. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen Leistungsbeziehenden aufgrund vermeintlich fehlender Mitwirkung bei der Antragstellung auf eine abschlagsgeminderte Altersrente durch das Jobcenter Sanktionen nach § 31 SGB II angedroht wurden oder sie Sanktionen erfahren haben?

   a) Wenn ja, wie viele Fälle sind bekannt, und welche Jobcenter sind betroffen?

   b) In wie vielen Fällen haben Leistungsberechtigte gegen die Sanktionen Widerspruch und/oder Klage eingereicht?

      Mit welchem Ergebnis?

   c) Welche Konsequenzen ziehen ggf. die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit?

Der Bundesregierung sind keine entsprechenden Fälle bekannt.

9. Stehen dem Jobcenter Instrumente zur Verfügung, in den Antragsprozess einzugreifen vor dem Hintergrund, dass die Entscheidung, eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu beantragen, grundsätzlich die/der Versicherte trifft, und wenn ja, welche Instrumente sind dies?

10. Ist das Jobcenter nach Kenntnis der Bundesregierung berechtigt, in das nach § 99 SGB VI eingeleitete Rentenantragsverfahren einzugreifen, wenn die/der Leistungsberechtigte von sich aus bei dem jeweils zuständigen Träger der Rentenversicherung einen Antrag auf Regelaltersrente gestellt hat, und wenn ja, wodurch (bitte Rechtsgrundlage erläutern)?

Das Jobcenter kann nach § 5 Absatz 3 SGB II Anträge stellen sowie Rechtsbehelfe und Rechtsmittel einlegen, wenn Leistungsberechtigte trotz Aufforderung einen erforderlichen Antrag auf Leistungen eines anderen Trägers nicht stellen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

11. Wie entwickelt sich der Zugang von leistungsberechtigten Personen in der Altersgruppe zwischen 63 Jahren und der Regelaltersgrenze in die Sozialhilfe (Drittes Kapitel SGB XII), die zugleich eine vorgezogene Altersrente beziehen (bitte jährlich seit 2008 nach Geschlecht und Bundesländern angeben)?

Die Empfängerstatistik für das Dritte Kapitel des SGB XII erfasst weder die Ursache des Leistungsbezugs noch differenziert sie die statistisch als angerechnetes Einkommen erfassten Altersrenten in „vorgezogene“ und andere Altersrenten. Daher liegen der Bundesregierung die gewünschten Informationen nicht vor.

12. Wie viele SGB-II-Leistungsberechtigte (bitte insgesamt und getrennt nach Erwerbsfähigen sowie nicht Erwerbsfähigen aufschlüsseln) waren jeweils 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64 und 65 Jahre alt (bitte Angaben jeweils pro Jahr seit 2014, nach Geschlecht, bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 489.000 Regelleistungsberechtigte im SGB II im Alter von 58 bis 65 Jahren, davon waren 478.000 erwerbsfähig und 11.000 nicht erwerbsfähig. Informationen zu Geschlecht und Bundesländern können nach Jahren der Tabelle im zu Frage 12 im Anhang entnommen werden.

13. Wie viele Leistungsberechtigte ab 63 Jahren sind pro Jahr aus dem Leistungsbezug abgegangen (bitte auch separat nach Alter von 63, 64, 65 Jahren und nach Geschlecht ausweisen)?

Im Jahr 2015 gingen 86.000 Regelleistungsberechtigte im Alter von 63 Jahren oder mehr aus dem Regelleistungsbezug ab. Eine Differenzierung nach Geschlecht kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Abgang aus dem Regelleistungsbezug: Regelleistungsberechtigte (RLB)
Deutschland

Merkmal		Abgang aus Regelleistungsbezug: RLB			
		63 bis 65 Jahre	63 Jahre	64 Jahre	65 Jahre
		1	2	3	4
Insgesamt	Jahressumme 2014	88.755	31.665	11.823	45.266
	Jahressumme 2015	85.681	38.671	11.050	35.960
Männer	Jahressumme 2014	48.589	18.507	6.699	23.382
	Jahressumme 2015	45.376	20.249	6.274	18.853
Frauen	Jahressumme 2014	40.166	13.158	5.124	21.884
	Jahressumme 2015	40.300	18.420	4.775	17.105

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

14. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, in welchen Status diese Leistungsberechtigten gewechselt sind (insbes. Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt, geförderte Beschäftigung)?

Eine Differenzierung der in der Antwort zu Frage 13 genannten Abgänge nach Abgangsgründen ist nicht möglich.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

15. Wie hat sich die Zahl der über 58-jährigen SGB-II-Leistungsberechtigten seit dem Jahr 2012 entwickelt, die statistisch als arbeitslos gelten, und wie viele von diesen waren in den entsprechenden Jahren über 63 Jahre alt (bitte bundesweit und nach Bundesländern sowie nach Geschlecht aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 478.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) über 58 Jahren. 167.000 dieser ELB waren arbeitslos, darunter 19.000 Personen im Alter von 63 Jahren und älter. Der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 15 und 16 sind die Zahlen ab dem Jahr 2012 nach Ländern und Geschlecht zu entnehmen.

16. Wie viele der über 58-Jährigen gelten nicht als arbeitslos (bitte die Anzahl der über 63-Jährigen extra ausweisen), weil sie

a) noch unter die sog. „58er-Regelung“ und

b) unter die Regelung des § 53a Absatz 2 SGB II

fielen bzw. fallen (bitte Angaben jeweils pro Jahr seit 2013 und in Bezug auf a) bis März 2015 sowie bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 478.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) im Alter von 58 Jahren und älter. 311.000 dieser ELB waren nicht arbeitslos, darunter 72.000 Personen im Alter von 63 Jahren und älter. Von den 311.000 nicht arbeitslosen Personen fielen 163.000 unter die Regelung des § 53a Absatz 2 SGB II. Bei den Menschen im Alter von 63 Jahren oder älter waren es 50.000.

Weitere Gründe, dass ein Leistungsberechtigter nicht arbeitslos ist, können in den Grund-lagen der § 428 SGB III, § 65 SGB II und § 252 SGB VI liegen. Eine weitere Ausdifferenzierung nach den einzelnen genannten Rechtsgrundlagen ist nicht möglich. Im Jahresdurchschnitt 2015 fielen darunter 1.400 Personen im Alter von über 58 Jahren, 22.000 im Jahr 2014 und 55.000 im Jahr 2013.

Der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 15 und 16 sind die Zahlen ab dem Jahr 2012 nach Ländern und Geschlecht zu entnehmen.

17. Wie viele der über 58-jährigen SGB-II-Leistungsberechtigten wurden in welchem Alter in eine Erwerbstätigkeit vermittelt (bitte unterschieden nach Abgangsgründen pro Jahr seit November 2013 angeben)?

Im Jahr 2015 gab es 33.000 Integrationen in Erwerbstätigkeit für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) im Alter von 58 Jahren oder älter. Eine Integration liegt dann vor, wenn ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, eine voll qualifizierende berufliche Ausbildung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt.

Aktuelle Daten liegen für den April 2016 vor. In diesem Monat nahmen 3.200 erwerbsfähige Leistungsberechtige über 58 Jahren eine Erwerbstätigkeit auf. Eine Zeitreihe nach Altersjahren kann der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 17 entnommen werden. Ein Ausweis von Abgangsgründen ist nicht möglich.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

18. Wie oft ist die Aufforderung,

a) Rentenansprüche zu klären und

b) vorgezogene Rente zu beantragen,

in eine Eingliederungsvereinbarung aufgenommen worden (bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

19. Wie oft wurden Leistungsberechtigte schriftlich und/oder mündlich aufgefordert,

a) Rentenansprüche zu klären und

b) vorgezogene Rente zu beantragen

(bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

20. In wie vielen Fällen hat der Grundsicherungsträger für die Leistungsberechtigten einen Antrag auf vorzeitige Altersrente gestellt (bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

21. In wie vielen Fällen sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von 63 bis 65 Jahren

a) aufgrund dieser Aufforderung und

b) nach Antragstellung durch das Jobcenter

aus dem SGB-II-Leistungsbezug ausgeschieden (bitte pro Jahr und Bundesland seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

22. Zu den Fragen 18 bis 21: Sollten hierzu keine Angaben vorliegen, beabsichtigt die Bundesregierung, sich dazu aufgrund der zunehmend eingehenden Nachfragen der Bürgerinnen und Bürger Erkenntnisse zu verschaffen, und wenn ja, auf welchem Weg?

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, eine statistische Erfassung dieser Fälle einzuführen. Eine entsprechende Informationspflicht würde zu unverhältnismäßig hohem Verwaltungsaufwand bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende führen. Die Bundesregierung hält eine solche statistische Erfassung im Übrigen auch nicht für erforderlich.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

23. Hält die Bundesregierung die Abschaffung der Zwangsverrentung für rechtlich zulässig, und welche Gründe sprechen nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für und gegen eine Abschaffung der Zwangsverrentung?

24. Hält die Bundesregierung an der Auffassung fest, dass die Beantragung einer Altersrente durch Personen, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II beziehen, ein im Hinblick auf die Nachrangigkeit dieser Leistungen erforderlicher, systematisch richtiger Vorgang ist, und überträgt sie diese Auffassung auf die Antragstellung durch Dritte gegen den Willen der Leistungsempfänger, und wenn ja, warum?

Die Nachrangigkeit der Leistungen ist ein Kernelement der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Leistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben alle vorhandenen oder erzielbaren Möglichkeiten zu nutzen, ihren Lebensunterhalt unabhängig von den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) zu bestreiten.

Leistungsberechtigte sind deshalb insbesondere verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist (§ 12a Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)). Dazu gehört grundsätzlich auch die Beantragung einer – auch vorzeitigen – Altersrente.

Nach § 12a Satz 2 Nummer 1 SGB II sind Leistungsberechtigte dennoch bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres nicht verpflichtet, eine Rente wegen Alters vorzeitig in Anspruch zu nehmen. Eine vollständige Abschaffung der Pflicht zur Inanspruchnahme vorzeitiger Altersrenten würde – insbesondere im Hinblick auf andere Sozialleistungen – zu ungerechten Ergebnissen führen, wäre zudem auf Grund der Nachrangigkeit der Grundsicherung für Arbeitsuchende systemwidrig und wird deshalb abgelehnt.

Soweit die bestehende Pflicht zu Unbilligkeiten führt, wurden mit der Unbilligkeitsverordnung in der seit 1. Januar 2008 geltenden Fassung weitere Ausnahmen geregelt, bei deren Vorliegen keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente besteht (Bezug von Arbeitslosengeld, bevorstehende abschlagsfreie Altersrente, Erwerbstätigkeit). Die Bundesregierung prüft darüber hinaus die Einführung eines weiteren Unbilligkeitstatbestandes entsprechend dem Beschluss der Koalitionsarbeitsgruppe. Insoweit ist die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen.

Die bestehende Pflicht würde ins Leere laufen, würden die Jobcenter nicht die Möglichkeit haben, auf eine Weigerung Leistungsberechtigter zu reagieren, erforderliche Anträge auf vorrangige Sozialleistungen zu stellen. Die Regelung des § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II ist demnach sachgerecht.

25. Inwieweit hält die Bundesregierung das Kriterium „70 Prozent der zu erwartenden Altersrente“ für begründet und ausreichend, um Grundsicherungsbedürftigkeit dauerhaft auszuschließen?

Das im Rahmen der Änderung der Unbilligkeitsverordnung angedachte Kriterium ist für die bei Vollendung des 63. Lebensjahres erforderliche Prüfung, ob bei Inanspruchnahme der vorzeitigen Altersrente voraussichtlich Hilfebedürftigkeit im Sinne der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorliegt, ausreichend. Erforderlich ist insoweit eine pauschalierte, in der Verwaltung möglichst

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

effizient durchführbare Prüfung auf der Basis der zum Zeitpunkt der Entscheidung bekannten und prognostizierbaren Tatsachen. Konkret wären 70 Prozent der auf der letzten, der leistungsberechtigten Person vorliegenden Rentenauskunft (61. Lebensjahr) bescheinigten voraussichtlichen Bruttoregelaltersrente mit dem zum Zeitpunkt der Entscheidung vorliegenden Bedarf der leistungsberechtigten Person nach dem SGB II zu vergleichen. Der für den Vergleich nicht herangezogene Teil der voraussichtlichen Altersrente berücksichtigt pauschaliert die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie die bei der vorzeitigen Inanspruchnahme entstehenden prozentualen Abschläge von der Altersrente.

26. Kann bzw. wie will die Bundesregierung auf Grundlage des durch die Koalitionsarbeitsgruppe formulierten Vorschlags sicherstellen, dass bei ehemaligen SGB-II-Leistungsberechtigten auch dauerhaft kein Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter entsteht (z. B. weil sich der Bedarf im Zeitablauf durch Umzug, Ende einer Ehe, Entstehung von Mehrbedarfen nach § 30 SGB XII erhöht)?

Im Hinblick auf die Vielzahl der zu berücksichtigenden Parameter sowie auf Grund der Tatsache, dass die Entscheidung bis zu vier Jahre vor dem Regeleintrittsalter der Altersrente erfolgt, ist ein späterer Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter nicht gänzlich ausgeschlossen.

27. Wie hoch war im Rentenzugang der Jahre 2014 sowie 2015 der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente?

Nach den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung betrug der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente im Rentenzugang 2014 436 Euro und im Rentenzugang 2015 483 Euro. Darin ist der Sondereffekt durch die „neuen Mütterrenten“ aus dem Rentenpaket enthalten. Würde dieser Sondereffekt herausgerechnet werden, erhöht sich der durchschnittliche Rentenzahlbetrag im Rentenzugang 2014 auf 501 Euro und im Rentenzugang 2015 auf 528 Euro. Dabei ist zu beachten, dass in den Regelaltersrenten viele Rentnerinnen und Rentner mit kurzen Rentenversicherungsbiographien enthalten sind. So zum Beispiel Beamte, Selbständige sowie Frauen, die nach der Geburt von Kindern ihr Erwerbsleben beendet haben. Betrachtet man alle Altersrenten, nicht nur die Regelaltersrenten, so liegen die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge bei 752 Euro (2014) bzw. bei 810 Euro (2015).

28. Wie hoch war in den Jahren 2014 und 2015 der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente bei Zugängen aus dem SGB II (brutto und netto sowie brutto und netto von 70 Prozent des Zahlbetrags)?

SGB II Leistungsempfänger wurden nur in den Jahren ab 2005 bis 2010 in den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung vollständig erfasst, da sie in dieser Zeit in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert waren. Daher liegen der Bundesregierung Informationen zu den durchschnittlichen Rentenzahlbeträgen für Rentenzugänge der Jahre 2014 und 2015 aus dem SGB II nicht vor.

29. Wie hoch war im gleichen Zeitraum der Bruttobedarf bei einer nach dem SGB II leistungsberechtigten alleinstehenden Person (Angaben bitte bundesweit, nach Geschlecht und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Als Bedarf bezeichnet man den Geldbetrag, der notwendig ist, um den Lebensunterhalt sichern zu können. In der statistischen Darstellung werden die Bedarfe

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

für den Regelbedarf, die Mehrbedarfe und die Kosten der Unterkunft abgebildet. Der durchschnittliche Bedarf für Regelleistungsberechtigte in Single-Bedarfsgemeinschaften lag im Jahresdurchschnitt 2015 bei 714 Euro. Informationen nach Geschlecht und Bundesländern können der in Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 29 entnommen werden.

30. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter fachlich in die Lage versetzt werden, festzustellen bzw. zu berechnen, dass nicht zwangsverrentet wird, wenn 70 Prozent der zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger sind als der im Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem SGB II?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter sind in der Lage, die vorgesehene pauschalierte Prüfung durchzuführen.

31. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Personen, die aufgrund regelmäßiger Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenversicherung vor dem Leistungsbezug nach dem SGB II eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen, entsprechend hohe Rentenanwartschaften aufgebaut zu haben, aufgrund des Formulierungsvorschlags der Koalitionsarbeitsgruppe nach wie vor zwangsverrentet werden dürften, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Ungleichbehandlung gegenüber Personen im SGB-Leistungsbezug, die aufgrund deutlich niedrigerer Rentenanwartschaften auf die Grundsicherung im Alter angewiesen wären, in Zukunft nicht mehr zwangsverrentet werden würden?

Leistungsberechtigte, die mit einer vorzeitig in Anspruch genommenen Altersrente ihre Hilfebedürftigkeit überwinden können, sind in der Lage, ihren Lebensunterhalt dauerhaft ohne Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bzw. nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII zu bestreiten. Sie können daher auf die Inanspruchnahme verwiesen werden.

32. Geht die Bundesregierung davon aus, dass bei der Ermessensentscheidung auf die Berechnung der Träger der Rentenversicherung zurückgegriffen werden muss, oder hält die Bundesregierung eine mögliche Rentenauskunft für ausreichend (§ 109 Absatz 2 SGB VI)?

Bei der von der Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagenen Prüfung handelt es sich nicht um eine Ermessensentscheidung. Ist die zu erwartende vorzeitige Altersrente zu niedrig, gilt der Verweis als unbillig und soll unterbleiben. Für die Prüfung ist die letzte vorliegende Rentenauskunft nach § 109 SGB VI ausreichend.

33. Hält die Bundesregierung die durch die Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagene Formulierung für eine Rechtsvereinfachung im Sinne der Arbeitsverwaltung, oder geht sie von einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand aus, wie dies bereits in der Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit zur Sachverständigenanhörung am 1. Dezember 2014 zum Ausdruck gekommen ist (vgl. Bundestagsdrucksache 18(11)258, S. 2)?

Die Umsetzung der von der Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagenen Formulierung führt zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung. Auch nach dem geltenden Recht ist die bei Vollendung des 61. Lebensjahres erteilte Rentenauskunft zur Prüfung, zu welchem Zeitpunkt eine Rente wegen Alters in Anspruch genommen werden kann, beim Jobcenter vorzulegen. Liegt demnach aufgrund der Höhe

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

der zu erwartenden Altersrente Unbilligkeit bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme vor, entfällt die Aufforderung zur Inanspruchnahme der Altersrente sowie das weitere Verfahren. Schließlich entfällt auch der Aufwand für die Abrechnung von Erstattungsansprüchen zwischen den Jobcentern und den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung, wenn die Altersrente zum Regeleintrittstermin beantragt wird.

34. Wie viele Personen werden nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Einfügung des verabredeten neuen Kriteriums in Zukunft

a) weniger von Zwangsverrentung betroffen sein und

b) trotz des neuen Kriteriums weiterhin zur Zwangsverrentung verpflichtet werden können?

Wie in der Antwort zu Frage 19 bereits erläutert, liegen der Bundesregierung zur Zahl der Verrentungen aufgrund der Regelung des § 12a Absatz 1 SGB II keine Informationen vor. Es ist aber davon auszugehen, dass ein wesentlicher Teil der Personen im Alter von 63 bis zur Altersgrenze nach § 7a SGB II, die derzeit Leistungen nach dem Dritten Kapitel SGB XII beziehen, von der geplanten Neuregelung profitieren würden.

35. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die durchschnittlichen Verwaltungskosten für den Vorschlag durch die Koalitionsarbeitsgruppe pro geprüften Einzelfall?

Es liegen keine Messergebnisse zur Höhe des Verwaltungsaufwands für die Prüfung dieser Fälle vor, sodass es sich um eine grobe Einschätzung beziehungsweise eine Größenordnung des sich aus der Prüfung ergebenden Aufwandes handelt. Hier geht die Bundesregierung von einer durchschnittlichen Dauer von circa 10 Minuten pro zu prüfendem Einzelfall aus. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand durch die einfache, pauschalierte Unbilligkeitsprüfung anhand der Rentenauskunft und die Bearbeitung der jährlichen Leistungsanträge im SGB II würde durch die reduzierte Anzahl der Aufforderungen zur Rentenantragstellung, die geringere Anzahl an Widerspruchsverfahren sowie die geringere Zahl an Erstattungsverfahren nach § 40a SGB II überkompensiert, sodass der Verwaltungsaufwand im Ergebnis sinken würde.

36. Wann ist die Umsetzung des Formulierungsvorschlags der Koalitionsarbeitsgruppe in der UnbilligkeitsV geplant?

Die Umsetzung wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

zu Frage 12:

Regelleistungsberechtigte nach Alter und Erwerbsfähigkeit

Deutschland
2014

Geschlecht	Region	Regelleistungsberechtigte																										
		58 bis 65 Jahre			davon																							
					58 Jahre			59 Jahre			60 Jahre			61 Jahre			62 Jahre			63 Jahre			64 Jahre			65 Jahre		
		Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
Insgesamt	Insgesamt	497.110	486.294	10.816	84.412	82.326	2.086	83.079	81.163	1.916	79.804	78.092	1.712	77.320	75.736	1.584	71.810	70.505	1.305	45.383	44.405	978	44.536	43.870	666	10.766	10.196	571
	01 Schleswig-Holstein	16.304	15.784	519	2.767	2.672	95	2.616	2.527	89	2.492	2.399	93	2.352	2.273	79	2.273	2.209	64	1.781	1.734	47	1.630	1.600	30	392	370	22
	02 Hamburg	14.254	13.994	260	2.307	2.244	63	2.278	2.229	50	2.070	2.031	40	2.101	2.061	40	1.994	1.963	31	1.466	1.448	18	1.607	1.600	7	431	419	12
	03 Niedersachsen	42.671	41.600	1.071	7.166	6.976	190	6.971	6.797	174	6.583	6.430	153	6.372	6.224	148	5.981	5.839	142	4.260	4.147	113	4.273	4.188	85	1.065	999	65
	04 Bremen	6.698	6.588	110	1.126	1.106	20	1.055	1.042	12	1.039	1.022	17	1.019	1.002	18	940	922	18	671	658	13	671	666	6	177	171	7
	05 Nordrhein-Westfalen	118.058	115.045	3.013	20.231	19.606	625	19.319	18.798	521	18.253	17.777	476	17.528	17.085	443	16.591	16.250	341	11.671	11.422	249	11.569	11.377	193	2.895	2.730	165
	06 Hessen	29.559	28.335	1.224	4.933	4.707	226	4.753	4.543	210	4.465	4.290	175	4.327	4.160	166	4.054	3.904	151	3.042	2.916	125	3.122	3.039	83	863	775	88
	07 Rheinland-Pfalz	17.276	16.926	349	2.909	2.838	71	2.826	2.766	60	2.664	2.606	58	2.586	2.538	48	2.499	2.457	42	1.702	1.671	32	1.669	1.647	22	420	403	17
	08 Baden-Württemberg	36.514	36.001	514	5.988	5.892	97	5.740	5.665	75	5.626	5.557	68	5.482	5.408	74	5.267	5.207	60	3.717	3.663	54	3.753	3.714	39	942	895	47
	09 Bayern	38.165	37.552	613	6.073	5.952	121	6.044	5.935	109	5.903	5.818	86	5.795	5.722	72	5.641	5.557	83	3.884	3.815	69	3.839	3.792	48	986	960	25
	10 Saarland	6.430	6.330	100	1.028	1.014	14	1.009	991	19	990	973	17	934	923	11	891	879	12	682	668	14	716	707	9	181	177	4
	11 Berlin	39.660	39.150	510	6.696	6.597	98	6.479	6.381	98	6.071	5.993	78	5.729	5.658	71	5.618	5.560	59	4.042	4.003	39	4.039	4.013	26	987	946	41
	12 Brandenburg	24.767	24.286	481	4.499	4.416	82	4.611	4.524	88	4.425	4.342	84	4.298	4.223	75	3.729	3.668	61	1.560	1.517	43	1.383	1.356	27	261	241	20
	13 Mecklenburg-Vorpommern	17.815	17.448	367	3.271	3.201	70	3.341	3.260	81	3.263	3.198	65	3.068	3.007	60	2.619	2.576	44	1.089	1.068	21	984	965	19	180	173	7
	14 Sachsen	42.874	42.017	857	7.122	6.966	156	7.452	7.285	167	7.541	7.383	158	7.556	7.424	132	6.691	6.587	103	3.220	3.140	79	2.802	2.765	37	491	466	26
	15 Sachsen-Anhalt	28.156	27.624	532	5.045	4.950	96	5.245	5.136	109	5.118	5.029	89	5.000	4.903	97	4.288	4.222	66	1.640	1.602	38	1.543	1.521	22	277	261	16
	16 Thüringen	17.910	17.612	298	3.251	3.190	61	3.338	3.284	54	3.302	3.246	56	3.174	3.125	49	2.735	2.705	29	957	932	25	934	921	13	219	210	9
Männer	Insgesamt	257.583	250.917	6.666	43.585	42.427	1.158	42.396	41.300	1.096	40.770	39.740	1.030	39.370	38.366	1.004	38.020	37.145	876	24.400	23.733	667	23.269	22.807	461	5.772	5.399	373
	01 Schleswig-Holstein	8.738	8.439	298	1.445	1.395	50	1.394	1.349	45	1.323	1.271	52	1.268	1.220	49	1.232	1.191	41	990	960	30	877	858	19	210	196	14
	02 Hamburg	7.534	7.387	147	1.200	1.172	28	1.180	1.153	27	1.088	1.067	21	1.107	1.085	23	1.070	1.049	22	800	787	13	852	846	6	237	230	8
	03 Niedersachsen	22.188	21.543	645	3.748	3.639	110	3.576	3.486	90	3.389	3.301	88	3.269	3.179	90	3.196	3.105	91	2.258	2.184	75	2.186	2.130	56	564	519	45
	04 Bremen	3.486	3.417	69	576	566	10	542	536	6	547	536	10	530	517	13	485	472	13	378	369	9	339	335	4	90	87	3
	05 Nordrhein-Westfalen	59.403	57.630	1.773	10.271	9.928	343	9.685	9.404	282	9.139	8.862	277	8.741	8.475	266	8.503	8.285	218	5.886	5.729	157	5.747	5.615	133	1.430	1.333	98
	06 Hessen	15.521	14.772	749	2.570	2.450	120	2.460	2.342	118	2.349	2.252	97	2.248	2.144	104	2.130	2.032	97	1.637	1.551	87	1.656	1.596	60	472	406	66
	07 Rheinland-Pfalz	8.811	8.598	213	1.478	1.439	39	1.440	1.407	33	1.348	1.313	34	1.292	1.262	30	1.293	1.262	31	887	866	21	848	833	14	225	216	9
	08 Baden-Württemberg	18.528	18.213	315	3.071	3.016	55	2.862	2.819	43	2.836	2.801	35	2.740	2.695	45	2.728	2.690	38	1.913	1.873	40	1.875	1.847	28	503	472	31
	09 Bayern	19.154	18.761	392	3.123	3.055	67	2.923	2.857	66	2.904	2.847	56	2.847	2.802	45	2.882	2.824	58	2.022	1.972	50	1.938	1.905	33	514	498	16
	10 Saarland	3.281	3.228	53	533	527	6	516	506	10	508	498	10	461	455	6	451	444	7	361	353	8	362	358	5	89	88	2
	11 Berlin	21.861	21.596	265	3.728	3.682	45	3.513	3.464	50	3.317	3.277	40	3.083	3.046	37	3.084	3.049	35	2.302	2.279	24	2.267	2.254	13	567	546	22
	12 Brandenburg	13.297	12.951	346	2.378	2.325	53	2.443	2.383	60	2.284	2.221	63	2.236	2.183	52	2.051	2.008	44	933	898	35	809	784	25	163	148	15
	13 Mecklenburg-Vorpommern	9.658	9.410	248	1.736	1.692	44	1.799	1.746	53	1.686	1.645	42	1.618	1.574	44	1.449	1.417	32	670	654	15	586	573	13	115	110	5
	14 Sachsen	22.244	21.674	570	3.575	3.479	96	3.742	3.639	103	3.790	3.692	98	3.807	3.719	88	3.656	3.577	79	1.831	1.773	58	1.549	1.521	28	293	273	20
	15 Sachsen-Anhalt	14.673	14.293	381	2.517	2.459	58	2.641	2.563	78	2.607	2.542	65	2.525	2.453	72	2.339	2.289	50	997	968	29	876	860	16	172	159	13
	16 Thüringen	9.206	9.003	203	1.638	1.603	35	1.679	1.645	34	1.655	1.614	41	1.598	1.558	40	1.472	1.451	21	536	520	16	501	492	9	127	120	7
Frauen	Insgesamt	239.527	235.377	4.150	40.827	39.899	927	40.682	39.863	819	39.034	38.352	682	37.950	37.371	580	33.790	33.360	430	20.982	20.672	310	21.267	21.063	204	4.994	4.796	198
	01 Schleswig-Holstein	7.566	7.345	221	1.322	1.277	45	1.222	1.178	45	1.169	1.129	41	1.084	1.053	30	1.041	1.017	24	792	774	17	753	742	11	183	174	8
	02 Hamburg	6.720	6.607	113	1.107	1.073	34	1.098	1.076	23	982	964	19	994	977	17	924	914	10	666	661	5	755	754	2	193	189	4
	03 Niedersachsen	20.483	20.057	426	3.418	3.337	81	3.394	3.310	84	3.194	3.129	65	3.104	3.045	58	2.785	2.734	51	2.001	1.963	38	2.087	2.058	29	501	480	20
	04 Bremen	3.212	3.171	41	550	540	10	512	506	7	493	486	6	490	485	5	455	450	5	293	290	4	332	331	1	88	84	4
	05 Nordrhein-Westfalen	58.655	57.415	1.240	9.960	9.678	282	9.634	9.394	239	9.113	8.915	199	8.787	8.610	177	8.088	7.965	123	5.786	5.694	92	5.822	5.762	60	1.465	1.398	67
	06 Hessen	14.038	13.564	474	2.363	2.258	106	2.293	2.201	92	2.116	2.039	77	2.079	2.017	62	1.925	1.871	53	1.404	1.366	38	1.466	1.443	23	392	369	22
	07 Rheinland-Pfalz	8.465	8.328	137	1.431	1.399	32	1.386	1.359	27	1.317	1.293	24	1.294	1.276	18	1.205	1.195	11	815	805	11	821	813	8	195	187	7
	08 Baden-Württemberg	17.986	17.787	199	2.918	2.875	42	2.878	2.845	32	2.790	2.756	33	2.742	2.713	29	2.539	2.517	22	1.804	1.790	14	1.878	1.867	11	438	423	15
	09 Bayern	19.011	18.790	221	2.950	2.896	54	3.121	3.078	42	3.000	2.971	29	2.947	2.920	27	2.758	2.733	26	1.862	1.843	19	1.901	1.887	15	472	463	9
	10 Saarland	3.149	3.102	47	495	487	8	494	485	9	481	474	7	473	468	5	440	435	5	322	315	6	354	349	4	92	89	3
	11 Berlin	17.798	17.554	245	2.968	2.915	53	2.966	2.918	48	2.753	2.716	38	2.645	2.611	34	2.535	2.511	24	1.740	1.724	16	1.772	1.759	13	419	400	19
	12 Brandenburg	11.470	11.335	135	2.120	2.091	30	2.168	2.140	28	2.141	2.120	21	2.062	2.039	23	1.678	1.661	18	626	619	7	575	572	2	99	93	6
	13 Mecklenburg-Vorpommern	8.157	8.038	119	1.535	1.509	27	1.542	1.515	28	1.577	1.553	24	1.450	1.434	16	1.171	1.159	11	420	414	6	398	392	6	65	63	2
	14 Sachsen	20.630	20.343	287	3.547	3.488	60	3.710	3.646	63	3.751	3.690	61	3.748	3.705	44	3.035	3.011	25	1.388	1.367	21	1.253	1.244	9	198	192	6
	15 Sachsen-Anhalt	13.482	13.331	151	2.528	2.490	38	2.604	2.573	31	2.511	2.487	24	2.476	2.450	25	1.949	1.933	16	643	634	9	667	661	6	104	102	2
	16 Thüringen	8.704	8.609	95	1.613	1.587	27	1.659	1.639	21	1.647	1.631	16	1.576	1.567	9	1.263	1.255	8	421	412	9	433	428	4	92	90	2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Regelleistungsberechtigte nach Alter und Erwerbsfähigkeit

Deutschland

2015

Geschlecht	Region	Regelleistungsberechtigte																										
		58 bis 65 Jahre			davon																							
					58 Jahre			59 Jahre			60 Jahre			61 Jahre			62 Jahre			63 Jahre			64 Jahre			65 Jahre		
		Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
Insgesamt	Insgesamt	488.604	477.766	10.838	82.112	80.194	1.918	81.989	80.080	1.909	79.918	78.212	1.705	76.206	74.727	1.479	74.703	73.343	1.360	47.297	46.233	1.064	35.269	34.510	759	11.111	10.466	645
	01 Schleswig-Holstein	16.479	15.954	526	2.724	2.641	83	2.691	2.601	90	2.539	2.456	83	2.417	2.335	82	2.305	2.231	74	1.817	1.764	53	1.525	1.487	37	463	438	25
	02 Hamburg	14.137	13.891	246	2.319	2.269	50	2.258	2.207	52	2.211	2.175	36	2.027	1.997	31	2.060	2.033	27	1.555	1.532	23	1.270	1.258	12	436	420	16
	03 Niedersachsen	42.655	41.597	1.057	7.090	6.903	187	7.014	6.834	180	6.763	6.601	162	6.402	6.273	129	6.186	6.059	127	4.504	4.390	114	3.546	3.460	86	1.150	1.078	72
	04 Bremen	6.741	6.638	103	1.126	1.107	19	1.100	1.085	15	1.045	1.035	10	1.009	996	14	999	984	14	695	682	12	583	573	10	185	176	10
	05 Nordrhein-Westfalen	118.696	115.523	3.173	20.047	19.422	625	19.957	19.354	602	18.872	18.401	471	17.688	17.267	421	17.208	16.826	383	12.350	12.069	281	9.440	9.239	201	3.135	2.945	190
	06 Hessen	29.532	28.350	1.182	4.863	4.681	182	4.796	4.603	193	4.601	4.405	196	4.289	4.137	152	4.175	4.030	145	3.275	3.154	121	2.624	2.522	102	908	819	90
	07 Rheinland-Pfalz	17.247	16.906	341	2.919	2.863	57	2.895	2.829	66	2.739	2.686	54	2.566	2.513	53	2.549	2.513	36	1.767	1.735	32	1.368	1.343	24	445	425	20
	08 Baden-Württemberg	36.358	35.836	522	5.740	5.651	89	5.973	5.873	101	5.627	5.562	66	5.506	5.445	61	5.460	5.392	69	3.960	3.906	54	3.093	3.052	41	999	957	42
	09 Bayern	37.623	37.051	572	6.093	6.000	93	6.016	5.920	96	5.925	5.840	85	5.631	5.561	69	5.718	5.650	69	4.014	3.950	64	3.215	3.159	56	1.010	971	39
	10 Saarland	6.167	6.086	81	1.066	1.052	14	999	986	13	969	956	12	945	934	12	899	891	8	636	627	8	493	483	10	162	157	4
	11 Berlin	38.435	37.915	520	6.566	6.465	101	6.484	6.398	87	6.247	6.164	83	5.812	5.741	71	5.515	5.454	61	3.873	3.823	51	2.981	2.952	28	956	917	39
	12 Brandenburg	23.871	23.392	478	4.322	4.251	71	4.236	4.166	70	4.332	4.249	83	4.113	4.037	76	4.040	3.972	68	1.646	1.588	58	935	904	31	247	225	22
	13 Mecklenburg-Vorpommern	17.000	16.657	343	3.024	2.960	64	3.077	3.015	62	3.104	3.040	64	2.998	2.947	52	2.850	2.806	44	1.104	1.073	32	670	656	14	174	161	13
	14 Sachsen	39.876	39.044	832	6.520	6.394	126	6.667	6.525	143	6.924	6.769	154	6.942	6.808	135	7.063	6.957	106	3.266	3.182	84	2.027	1.969	58	466	440	27
	15 Sachsen-Anhalt	26.759	26.213	546	4.701	4.604	97	4.763	4.673	90	4.895	4.800	95	4.830	4.756	74	4.717	4.630	86	1.691	1.639	53	931	904	27	230	207	24
	16 Thüringen	17.028	16.713	315	2.993	2.931	62	3.063	3.013	50	3.125	3.073	52	3.032	2.983	49	2.959	2.916	43	1.144	1.119	25	568	547	21	144	132	12
Männer	Insgesamt	252.193	245.314	6.879	42.552	41.475	1.078	42.387	41.256	1.130	40.743	39.713	1.030	38.916	37.969	947	38.020	37.089	930	24.840	24.073	768	18.723	18.165	557	6.012	5.573	438
	01 Schleswig-Holstein	8.851	8.532	319	1.451	1.404	47	1.411	1.358	53	1.363	1.317	46	1.289	1.242	47	1.246	1.199	47	979	941	38	850	825	25	262	246	16
	02 Hamburg	7.424	7.289	135	1.218	1.193	25	1.170	1.146	25	1.153	1.136	18	1.063	1.043	20	1.071	1.055	16	833	818	14	683	674	9	233	224	9
	03 Niedersachsen	22.119	21.455	664	3.655	3.551	104	3.658	3.552	107	3.481	3.387	94	3.276	3.195	81	3.169	3.085	84	2.380	2.299	80	1.891	1.826	65	609	560	50
	04 Bremen	3.503	3.440	63	587	579	7	558	549	9	530	525	5	529	519	10	520	509	11	356	348	8	323	316	7	100	93	6
	05 Nordrhein-Westfalen	59.625	57.690	1.934	10.309	9.963	345	10.127	9.780	347	9.400	9.136	264	8.833	8.575	258	8.584	8.331	253	6.147	5.944	202	4.653	4.511	142	1.572	1.448	123
	06 Hessen	15.372	14.626	746	2.503	2.401	101	2.498	2.387	112	2.372	2.254	119	2.247	2.155	92	2.151	2.051	100	1.676	1.592	84	1.414	1.341	73	510	445	65
	07 Rheinland-Pfalz	8.812	8.592	220	1.518	1.488	30	1.482	1.441	41	1.394	1.363	31	1.299	1.264	36	1.277	1.252	25	905	880	25	702	683	19	236	221	14
	08 Baden-Württemberg	18.420	18.085	335	2.968	2.914	54	3.065	3.006	60	2.802	2.762	40	2.758	2.720	38	2.729	2.682	47	2.024	1.987	36	1.564	1.534	30	511	482	30
	09 Bayern	19.009	18.636	374	3.182	3.128	54	3.096	3.038	58	2.850	2.796	54	2.767	2.718	49	2.831	2.787	45	2.056	2.011	46	1.681	1.640	41	545	518	27
	10 Saarland	3.152	3.107	45	547	542	6	533	527	6	501	494	7	483	476	7	445	440	5	304	299	5	253	245	8	87	84	3
	11 Berlin	21.239	20.953	287	3.632	3.582	50	3.608	3.564	44	3.395	3.349	47	3.179	3.139	40	2.974	2.941	33	2.172	2.140	32	1.716	1.697	19	564	542	22
	12 Brandenburg	12.687	12.338	349	2.277	2.232	46	2.240	2.193	47	2.284	2.224	59	2.128	2.071	56	2.103	2.051	52	934	890	44	562	534	28	160	143	18
	13 Mecklenburg-Vorpommern	9.194	8.948	245	1.583	1.543	40	1.640	1.600	41	1.685	1.638	47	1.577	1.539	38	1.506	1.471	35	665	640	25	423	412	11	115	106	9
	14 Sachsen	20.449	19.890	559	3.302	3.221	81	3.349	3.258	91	3.485	3.386	99	3.513	3.430	84	3.562	3.487	75	1.814	1.746	67	1.143	1.099	44	282	263	19
	15 Sachsen-Anhalt	13.672	13.282	390	2.335	2.283	53	2.392	2.332	60	2.466	2.401	66	2.452	2.395	57	2.378	2.310	68	957	912	46	554	530	23	139	121	17
	16 Thüringen	8.664	8.450	214	1.486	1.453	34	1.559	1.527	32	1.580	1.545	35	1.525	1.487	38	1.474	1.438	36	642	625	16	312	298	14	87	77	11
Frauen	Insgesamt	236.386	232.427	3.959	39.556	38.716	840	39.597	38.819	778	39.170	38.495	675	37.286	36.754	532	36.679	36.250	429	22.454	22.158	296	16.544	16.343	201	5.099	4.892	207
	01 Schleswig-Holstein	7.629	7.422	207	1.272	1.237	35	1.280	1.243	37	1.175	1.139	37	1.128	1.093	35	1.059	1.032	27	838	824	15	675	662	13	201	192	9
	02 Hamburg	6.713	6.602	111	1.100	1.076	25	1.088	1.061	27	1.058	1.040	18	965	953	11	989	978	11	722	714	9	587	584	3	203	197	7
	03 Niedersachsen	20.536	20.142	393	3.435	3.353	83	3.356	3.283	73	3.282	3.213	69	3.126	3.078	49	3.017	2.974	43	2.124	2.091	34	1.655	1.634	22	541	518	22
	04 Bremen	3.238	3.198	41	540	528	12	542	536	6	514	510	4	480	476	4	479	475	4	338	334	4	259	257	3	86	83	3
	05 Nordrhein-Westfalen	59.071	57.832	1.239	9.738	9.459	279	9.830	9.574	255	9.471	9.265	207	8.855	8.692	163	8.625	8.495	130	6.203	6.125	79	4.787	4.728	59	1.563	1.496	67
	06 Hessen	14.160	13.724	436	2.360	2.279	81	2.298	2.217	81	2.229	2.151	78	2.042	1.982	59	2.023	1.979	45	1.599	1.561	37	1.210	1.181	29	398	373	25
	07 Rheinland-Pfalz	8.435	8.314	121	1.402	1.375	27	1.413	1.388	25	1.345	1.323	23	1.266	1.249	17	1.272	1.261	11	862	855	7	665	660	5	209	203	6
	08 Baden-Württemberg	17.938	17.751	187	2.772	2.737	35	2.908	2.867	41	2.825	2.800	25	2.748	2.725	23	2.732	2.710	22	1.936	1.919	17	1.529	1.518	11	488	475	13
	09 Bayern	18.589	18.391	198	2.907	2.869	39	2.915	2.877	39	3.071	3.040	31	2.860	2.839	21	2.883	2.859	24	1.956	1.937	19	1.533	1.518	15	464	452	12
	10 Saarland	3.015	2.979	36	519	510	8	466	459	7	468	462	6	462	457	5	454	450	4	332	329	3	240	238	2	75	73	2
	11 Berlin	17.196	16.962	234	2.934	2.884	50	2.876	2.834	43	2.852	2.816	36	2.634	2.602	32	2.541	2.513	28	1.702	1.683	19	1.265	1.256	9	392	375	17
	12 Brandenburg	11.184	11.055	129	2.045	2.020	26	1.996	1.973	23	2.048	2.024	24	1.985	1.966	19	1.937	1.921	16	713	698	14	373	370	3	87	82	5
	13 Mecklenburg-Vorpommern	7.807	7.709	98	1.441	1.417	24	1.437	1.416	21	1.419	1.402	17	1.421	1.407	14	1.344	1.334	10	440	433	6	247	244	3	59	55	4
	14 Sachsen	19.427	19.154	273	3.218	3.173	45	3.318	3.266	52	3.439	3.384	55	3.429	3.378	51	3.501	3.470	32	1.452	1.436	17	884	871	14	184	177	7
	15 Sachsen-Anhalt	13.086	12.930	156	2.365	2.321	44	2.371	2.341	30	2.429	2.400	29	2.379	2.361	17	2.339	2.321	18	734	727	7	378	373	4	92	85	7
	16 Thüringen	8.364	8.263	101	1.507	1.478	28	1.504	1.485	18	1.545	1.527	18	1.507	1.496	12	1.486	1.479	7	503	494	9	256	250	7	57	55	2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

zu den Fragen 15 und 16:

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und Arbeitslosigkeit im Alter von 58 Jahren und älter

Deutschland und Bundesländer

Zeitreihe

Geschlecht	Region	Jahresdurchschnitt 2012					Jahresdurchschnitt 2013					Jahresdurchschnitt 2014					Jahresdurchschnitt 2015					nachrichtlich für 2015		
		Bestand ELB	davon				Bestand ELB	davon				Bestand ELB	davon				Bestand ELB	davon				nicht arbeitslose ELB		
			arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	darunter			arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	darunter			arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	darunter			arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	darunter		§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI		
					§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGB II				§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGB II				§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGB II				§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGB II	Jan 15	Feb 15	Mrz 15
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
Insgesamt	Insgesamt	480.968	135.624	345.344	92.652	125.245	489.747	151.596	338.151	55.138	145.686	486.294	160.433	325.860	22.040	160.180	477.766	166.766	310.999	1.390	162.754	5.387	3.782	2.228
	01 Schleswig-Holstein	15.447	4.268	11.179	3.397	3.658	15.686	4.881	10.805	2.049	4.198	15.784	5.572	10.212	851	4.410	15.954	6.123	9.831	87	4.490	263	194	128
	02 Hamburg	14.398	2.640	11.759	3.753	4.176	14.350	2.968	11.383	2.265	4.933	13.994	3.348	10.647	931	5.175	13.891	3.773	10.118	65	5.233	283	202	117
	03 Niedersachsen	41.176	11.724	29.453	8.354	10.175	41.600	13.157	28.443	5.015	11.849	41.600	14.346	27.253	2.024	13.111	41.597	14.882	26.716	132	13.783	496	364	199
	04 Bremen	6.533	1.700	4.833	1.500	1.875	6.602	1.886	4.716	875	2.212	6.588	2.031	4.557	359	2.462	6.638	2.150	4.488	21	2.747	94	68	37
	05 Nordrhein-Westfalen	112.027	32.238	79.789	22.240	32.040	114.027	36.090	77.937	13.335	38.461	115.045	38.565	76.480	5.399	43.640	115.523	40.848	74.674	420	44.279	1.430	1.026	662
	06 Hessen	28.139	9.429	18.710	5.531	5.052	28.320	10.337	17.983	3.289	5.717	28.335	10.862	17.473	1.306	6.351	28.350	10.755	17.596	77	7.226	330	239	142
	07 Rheinland-Pfalz	16.869	4.448	12.422	3.530	4.299	16.954	5.291	11.663	2.100	4.680	16.926	5.770	11.156	819	5.059	16.906	6.043	10.863	63	5.330	224	159	102
Insgesamt	08 Baden-Württemberg	36.256	10.063	26.193	7.244	9.140	36.234	11.024	25.210	4.226	10.560	36.001	11.423	24.577	1.675	12.065	35.836	11.906	23.931	94	12.563	411	272	160
	09 Bayern	39.981	11.354	28.627	9.155	9.701	38.993	12.493	26.500	5.130	10.845	37.552	12.241	25.310	1.952	12.295	37.051	11.845	25.207	130	13.559	488	353	204
	10 Saarland	6.337	1.613	4.725	1.399	1.423	6.462	1.946	4.515	901	1.672	6.330	1.897	4.433	400	2.065	6.086	1.986	4.100	44	2.082	117	91	56
	11 Berlin	39.536	9.725	29.810	8.978	8.274	40.089	11.149	28.940	5.439	8.446	39.150	11.900	27.250	2.232	8.854	37.915	12.867	25.047	121	8.524	564	390	204
	12 Brandenburg	22.520	7.015	15.505	2.871	6.302	24.174	8.126	16.048	1.705	7.409	24.286	8.558	15.728	660	7.870	23.392	9.072	14.320	25	7.366	127	75	44
	Vorpommern	16.286	3.832	12.454	2.332	6.346	17.374	4.258	13.117	1.296	7.763	17.448	4.305	13.143	488	8.515	16.657	4.440	12.217	19	8.275	87	49	27
	14 Sachsen	41.241	13.619	27.621	5.871	10.176	42.633	14.887	27.746	3.551	12.047	42.017	15.638	26.379	1.406	12.586	39.044	15.664	23.379	50	11.832	243	156	81
	15 Sachsen-Anhalt	26.773	6.074	20.699	3.790	8.655	28.081	6.636	21.446	2.330	10.234	27.624	7.115	20.509	887	11.100	26.213	7.361	18.851	21	11.036	109	73	33
	16 Thüringen	17.450	5.884	11.565	2.708	3.954	18.167	6.468	11.699	1.632	4.660	17.612	6.860	10.752	649	4.621	16.713	7.052	9.661	21	4.428	121	71	32
Männer	Insgesamt	252.929	75.043	177.886	47.966	64.358	254.965	83.105	171.861	27.928	74.397	250.917	87.586	163.331	11.083	80.627	245.314	90.982	154.331	714	81.408	2.771	1.959	1.134
	01 Schleswig-Holstein	8.409	2.467	5.942	1.830	1.989	8.446	2.812	5.633	1.065	2.252	8.439	3.211	5.228	439	2.314	8.532	3.534	4.998	49	2.374	137	103	71
	02 Hamburg	7.777	1.586	6.191	2.016	2.235	7.654	1.778	5.876	1.191	2.606	7.387	2.008	5.379	490	2.671	7.289	2.245	5.045	30	2.671	147	104	54
	03 Niedersachsen	21.705	6.592	15.113	4.377	5.217	21.722	7.389	14.333	2.573	6.053	21.543	7.997	13.546	1.033	6.692	21.455	8.313	13.142	69	7.018	268	200	106
	04 Bremen	3.453	969	2.485	768	972	3.448	1.079	2.369	435	1.121	3.417	1.151	2.266	170	1.250	3.440	1.230	2.210	10	1.392	46	32	17
	05 Nordrhein-Westfalen	56.865	17.415	39.450	10.960	15.878	57.433	19.334	38.099	6.351	19.014	57.630	20.640	36.990	2.526	21.311	57.690	21.895	35.795	206	21.395	679	493	314
	06 Hessen	14.855	5.211	9.644	2.856	2.601	14.820	5.651	9.170	1.656	2.931	14.772	5.869	8.902	672	3.246	14.626	5.750	8.876	43	3.665	175	135	79
	07 Rheinland-Pfalz	8.751	2.437	6.314	1.807	2.139	8.690	2.907	5.783	1.032	2.323	8.598	3.142	5.457	388	2.494	8.592	3.302	5.290	26	2.599	95	68	39
	08 Baden-Württemberg	18.598	5.558	13.041	3.625	4.543	18.439	6.046	12.393	2.064	5.169	18.213	6.256	11.958	837	5.828	18.085	6.518	11.568	45	6.073	208	140	78
	09 Bayern	20.115	6.130	13.984	4.485	4.711	19.468	6.651	12.817	2.484	5.272	18.761	6.571	12.190	940	5.934	18.636	6.464	12.171	76	6.583	269	200	121
	10 Saarland	3.274	871	2.403	722	720	3.317	1.053	2.263	450	826	3.228	1.049	2.180	195	997	3.107	1.108	1.999	24	1.009	61	48	31
	11 Berlin	21.745	5.729	16.016	4.836	4.437	22.053	6.570	15.483	2.947	4.452	21.596	6.987	14.609	1.226	4.636	20.953	7.548	13.405	63	4.482	315	211	108
	12 Brandenburg	12.424	3.958	8.466	1.600	3.421	13.140	4.522	8.618	929	4.000	12.951	4.707	8.245	352	4.167	12.338	4.930	7.408	14	3.845	76	42	27
	Vorpommern	9.062	2.157	6.905	1.326	3.548	9.516	2.381	7.135	733	4.268	9.410	2.395	7.015	272	4.582	8.948	2.459	6.490	11	4.474	49	27	17
	14 Sachsen	22.009	7.378	14.632	3.139	5.299	22.366	7.913	14.454	1.861	6.297	21.674	8.289	13.386	740	6.416	19.890	8.226	11.664	25	5.970	127	83	40
	15 Sachsen-Anhalt	14.519	3.360	11.159	2.110	4.639	14.938	3.551	11.387	1.292	5.462	14.293	3.712	10.581	474	5.811	13.282	3.771	9.511	11	5.665	54	37	18
	16 Thüringen	9.368	3.227	6.141	1.508	2.008	9.517	3.469	6.048	865	2.352	9.003	3.603	5.400	330	2.280	8.450	3.690	4.760	10	2.193	65	36	14
Frauen	Insgesamt	228.039	60.581	167.459	44.686	60.887	234.782	68.491	166.290	27.210	71.289	235.377	72.848	162.529	10.957	79.553	232.427	75.773	156.655	676	81.343	2.616	1.823	1.094
	01 Schleswig-Holstein	7.038	1.800	5.237	1.566	1.669	7.241	2.069	5.172	984	1.947	7.345	2.362	4.984	412	2.097	7.422	2.589	4.833	38	2.116	126	91	57
	02 Hamburg	6.621	1.053	5.568	1.737	1.941	6.696	1.189	5.507	1.074	2.327	6.607	1.339	5.268	441	2.504	6.602	1.528	5.074	35	2.561	136	98	63
	03 Niedersachsen	19.472	5.132	14.340	3.977	4.958	19.878	5.768	14.110	2.442	5.796	20.057	6.349	13.708	991	6.420	20.143	6.568	13.574	63	6.765	228	164	93
	04 Bremen	3.079	731	2.348	731	903	3.155	807	2.348	440	1.092	3.171	880	2.291	190	1.212	3.198	920	2.277	11	1.355	48	36	20
	05 Nordrhein-Westfalen	55.162	14.823	40.339	11.280	16.162	56.594	16.756	39.838	6.984	19.446	57.415	17.925	39.490	2.874	22.329	57.832	18.953	38.879	214	22.884	751	533	348
	06 Hessen	13.283	4.218	9.066	2.675	2.451	13.500	4.686	8.813	1.633	2.786	13.564	4.993	8.571	635	3.105	13.724	5.005	8.720	34	3.562	155	104	63
	07 Rheinland-Pfalz	8.119	2.011	6.108	1.723	2.160	8.264	2.385	5.879	1.068	2.357	8.328	2.628	5.699	431	2.566	8.314	2.742	5.572	37	2.731	129	91	63
	08 Baden-Württemberg	17.658	4.506	13.152	3.619	4.597	17.795	4.978	12.817	2.162	5.391	17.787	5.168	12.620	838	6.237	17.751	5.388	12.363	49	6.491	203	132	82
	09 Bayern	19.866	5.223	14.643	4.670	4.991	19.524	5.842	13.682	2.646	5.573	18.790	5.670	13.120	1.013	6.362	18.391	5.369	13.022	54	6.973	219	153	83
	10 Saarland	3.063	742	2.321	677	703	3.145	893	2.252	451	846	3.102	849	2.254	205	1.068	2.979	878	2.101	20	1.073	56	43	25
	11 Berlin	17.791	3.997	13.794	4.142	3.836	18.036	4.579	13.457	2.492	3.993	17.554	4.913	12.641	1.005	4.218	16.962	5.319	11.643	58	4.043	249	179	96
	12 Brandenburg	10.096	3.056	7.039	1.271	2.881	11.034	3.604	7.430	776	3.410	11.335	3.851	7.484	307	3.703	11.055	4.142	6.913	11	3.521	51	33	17
	Vorpommern	7.224	1.675	5.549	1.007	2.797	7.859	1.877	5.982	562	3.494	8.038	1.910	6.128	216	3.933	7.709	1.981	5.727	8	3.802	38	22	10
	14 Sachsen	19.231	6.242	12.990	2.732	4.877	20.267	6.975	13.292	1.691	5.750	20.343	7.349	12.993	666	6.170	19.154	7.439	11.715	25	5.862	116	73	41
	15 Sachsen-Anhalt	12.254	2.714	9.540	1.680	4.017	13.143	3.084	10.059	1.038	4.772	13.331	3.404	9.927	413	5.290	12.930	3.590	9.340	10	5.371	55	36	15
	16 Thüringen	8.082	2.658	5.424	1.200	1.946	8.650	2.999	5.652	767	2.308	8.609	3.257	5.352	319	2.341	8.263	3.361	4.902	11	2.235	56	35	18

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und Arbeitslosigkeit im Alter von 63 Jahren und älter

Deutschland und Bundesländer

Zeitreihe

Geschlecht	Region	Jahresdurchschnitt 2012					Jahresdurchschnitt 2013					Jahresdurchschnitt 2014					Jahresdurchschnitt 2015					nachrichtlich für 2015		
		Bestand ELB	davon				Bestand ELB	davon				Bestand ELB	davon				Bestand ELB	davon				nicht arbeitslose ELB		
			arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	darunter			arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	darunter			arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	darunter			arbeitslose ELB	nicht arbeitslose ELB	darunter		§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI		
					§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGB II				§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGB II				§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGB II				§ 428SGBIII/ § 65SGBII/ § 252SGBVI	§ 53 a Abs. 2 SGB II	Jan 15	Feb 15	Mrz 15
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
Insgesamt	Insgesamt	104.134	7.319	96.815	71.061	13.263	108.845	11.508	97.338	54.519	27.088	98.471	15.613	82.858	21.781	42.336	91.209	19.251	71.958	1.233	49.748	5.191	3.585	2.051
	01 Schleswig-Holstein	3.757	316	3.441	2.609	434	3.862	442	3.420	1.995	903	3.705	717	2.988	832	1.475	3.690	977	2.713	77	1.808	252	184	118
	02 Hamburg	3.903	162	3.740	2.957	467	3.937	246	3.692	2.227	1.029	3.467	362	3.104	916	1.630	3.211	466	2.745	62	2.003	272	193	112
	03 Niedersachsen	9.380	620	8.759	6.446	1.240	9.981	1.046	8.935	4.953	2.573	9.334	1.519	7.815	1.997	4.073	8.928	1.910	7.017	117	4.908	479	347	184
	04 Bremen	1.602	79	1.523	1.194	201	1.597	126	1.471	866	427	1.495	176	1.319	355	729	1.431	197	1.235	20	954	92	65	36
	05 Nordrhein-Westfalen	26.301	1.740	24.561	17.282	3.841	27.386	2.683	24.703	13.137	7.878	25.529	3.584	21.945	5.307	12.615	24.252	4.614	19.639	363	14.501	1.360	961	601
	06 Hessen	7.107	820	6.287	4.341	1.006	7.375	1.282	6.092	3.276	1.501	6.731	1.755	4.976	1.295	2.087	6.494	1.974	4.521	70	2.642	322	230	133
	07 Rheinland-Pfalz	3.876	272	3.604	2.705	447	4.033	448	3.585	2.066	945	3.720	606	3.115	805	1.585	3.503	746	2.757	55	1.900	212	149	92
	08 Baden-Württemberg	8.922	770	8.152	5.625	1.227	9.066	1.047	8.019	4.186	2.309	8.272	1.313	6.959	1.661	3.612	7.914	1.658	6.256	89	4.363	403	264	155
	09 Bayern	10.296	918	9.377	7.215	1.249	9.849	1.285	8.564	5.080	2.275	8.567	1.466	7.101	1.931	3.720	8.080	1.533	6.547	106	4.734	469	323	175
	10 Saarland	1.534	97	1.438	1.053	137	1.720	184	1.536	881	372	1.552	195	1.357	390	651	1.268	226	1.042	32	694	103	75	43
	11 Berlin	9.355	531	8.824	6.969	908	9.893	978	8.915	5.399	1.881	8.961	1.502	7.460	2.223	2.987	7.693	1.919	5.774	115	3.291	558	384	198
	12 Brandenburg	3.200	214	2.986	2.067	442	3.545	372	3.172	1.690	925	3.114	475	2.639	655	1.298	2.718	604	2.113	24	1.365	124	73	41
	Vorpommern	2.329	76	2.253	1.707	327	2.546	124	2.422	1.279	834	2.206	161	2.045	482	1.187	1.890	195	1.694	17	1.298	83	46	24
	14 Sachsen	6.059	403	5.656	4.218	618	7.035	739	6.296	3.531	1.723	6.371	1.122	5.250	1.399	2.619	5.591	1.361	4.230	44	2.880	235	149	75
	15 Sachsen-Anhalt	3.893	158	3.735	2.726	460	4.259	245	4.014	2.326	1.017	3.384	324	3.061	887	1.461	2.749	387	2.362	20	1.663	107	71	32
	16 Thüringen	2.622	141	2.481	1.947	258	2.764	262	2.502	1.628	495	2.062	339	1.723	647	608	1.798	485	1.313	20	743	120	71	32
Männer	Insgesamt	54.858	4.362	50.496	36.577	7.078	57.153	6.888	50.265	27.610	14.068	51.940	9.175	42.765	10.933	21.668	47.811	11.111	36.700	621	25.087	2.658	1.843	1.032
	01 Schleswig-Holstein	2.037	183	1.854	1.400	248	2.066	262	1.804	1.031	494	2.014	437	1.576	426	788	2.012	593	1.419	42	945	130	97	65
	02 Hamburg	2.123	97	2.026	1.589	267	2.112	159	1.953	1.174	547	1.863	220	1.643	481	853	1.716	288	1.429	29	1.036	140	98	52
	03 Niedersachsen	4.926	366	4.560	3.376	621	5.158	614	4.544	2.539	1.267	4.833	872	3.961	1.016	2.050	4.685	1.119	3.566	61	2.500	258	190	98
	04 Bremen	841	50	791	614	106	832	82	750	429	220	790	113	678	166	378	758	122	636	9	486	44	29	16
	05 Nordrhein-Westfalen	13.138	963	12.175	8.461	1.963	13.618	1.510	12.108	6.254	3.945	12.676	1.999	10.677	2.473	6.134	11.904	2.513	9.391	174	6.865	636	455	279
	06 Hessen	3.745	473	3.272	2.231	538	3.844	744	3.100	1.648	754	3.552	992	2.560	662	1.061	3.379	1.081	2.298	38	1.362	169	128	72
	07 Rheinland-Pfalz	2.030	153	1.878	1.395	235	2.059	264	1.796	1.019	480	1.915	359	1.556	384	798	1.785	434	1.351	23	912	92	66	37
	08 Baden-Württemberg	4.566	462	4.105	2.786	630	4.573	613	3.961	2.044	1.134	4.192	742	3.451	829	1.770	4.002	943	3.059	43	2.102	204	136	76
	09 Bayern	5.209	559	4.650	3.516	635	5.003	782	4.221	2.457	1.126	4.375	861	3.514	927	1.818	4.169	903	3.266	58	2.345	256	178	98
	10 Saarland	803	58	746	540	73	890	116	774	441	190	798	127	671	189	327	628	130	498	15	337	50	36	21
	11 Berlin	5.122	339	4.783	3.728	517	5.518	616	4.902	2.926	1.044	5.078	934	4.145	1.222	1.633	4.379	1.177	3.201	62	1.778	314	210	107
	12 Brandenburg	1.852	152	1.699	1.146	264	2.059	252	1.807	921	537	1.830	312	1.518	349	753	1.567	366	1.201	14	767	74	41	26
	Vorpommern	1.353	51	1.302	950	204	1.526	87	1.439	722	522	1.337	108	1.229	268	725	1.158	128	1.030	10	781	47	25	15
	14 Sachsen	3.362	254	3.108	2.230	350	3.894	459	3.435	1.850	948	3.568	682	2.886	738	1.412	3.108	797	2.311	23	1.556	125	81	38
	15 Sachsen-Anhalt	2.249	108	2.141	1.528	283	2.468	161	2.306	1.290	601	1.987	207	1.779	474	857	1.563	232	1.332	11	923	54	37	18
	16 Thüringen	1.501	94	1.407	1.086	144	1.534	167	1.366	863	260	1.132	211	920	330	312	1.000	287	713	10	392	65	36	14
Frauen	Insgesamt	49.276	2.957	46.319	34.483	6.186	51.693	4.620	47.073	26.909	13.020	46.531	6.438	40.093	10.848	20.669	43.394	8.139	35.255	611	24.660	2.533	1.742	1.019
	01 Schleswig-Holstein	1.720	133	1.587	1.210	186	1.796	180	1.616	964	410	1.691	280	1.411	406	687	1.678	384	1.294	35	864	122	87	53
	02 Hamburg	1.780	65	1.715	1.368	200	1.825	87	1.738	1.053	481	1.604	143	1.461	435	777	1.495	178	1.316	34	968	132	95	60
	03 Niedersachsen	4.453	254	4.199	3.070	619	4.823	432	4.391	2.414	1.306	4.501	648	3.854	981	2.023	4.243	792	3.451	57	2.408	221	157	86
	04 Bremen	761	30	732	579	96	765	43	722	437	208	704	63	642	189	351	673	75	598	11	468	48	36	20
	05 Nordrhein-Westfalen	13.163	777	12.386	8.820	1.878	13.768	1.173	12.594	6.883	3.933	12.853	1.585	11.268	2.834	6.481	12.349	2.101	10.248	189	7.636	724	506	322
	06 Hessen	3.362	347	3.015	2.110	469	3.531	538	2.992	1.628	746	3.179	763	2.416	633	1.027	3.116	893	2.223	32	1.281	153	102	61
	07 Rheinland-Pfalz	1.845	120	1.726	1.310	212	1.974	184	1.790	1.047	465	1.805	246	1.559	421	787	1.719	312	1.406	32	988	120	83	55
	08 Baden-Württemberg	4.356	308	4.047	2.839	597	4.492	434	4.058	2.142	1.174	4.080	571	3.509	832	1.841	3.912	715	3.197	46	2.261	199	128	79
	09 Bayern	5.087	359	4.727	3.699	614	4.846	503	4.342	2.622	1.150	4.192	605	3.587	1.004	1.902	3.907	629	3.278	48	2.388	213	145	77
	10 Saarland	731	39	692	513	64	830	68	761	440	182	754	68	686	200	324	640	96	544	18	357	53	39	22
	11 Berlin	4.233	192	4.041	3.241	391	4.375	362	4.013	2.472	838	3.883	568	3.315	1.001	1.354	3.314	742	2.572	54	1.513	244	174	91
	12 Brandenburg	1.348	61	1.287	921	178	1.486	121	1.365	769	388	1.284	163	1.121	306	545	1.151	238	913	10	598	50	32	15
	Vorpommern	976	25	951	757	123	1.021	37	984	557	312	869	53	816	214	462	732	68	665	7	517	36	21	9
	14 Sachsen	2.697	149	2.548	1.988	269	3.141	279	2.862	1.681	775	2.803	440	2.364	661	1.207	2.483	564	1.919	21	1.324	110	68	37
	15 Sachsen-Anhalt	1.643	50	1.593	1.198	177	1.792	84	1.708	1.035	416	1.398	116	1.281	413	604	1.186	155	1.031	9	740	53	34	14
	16 Thüringen	1.121	47	1.074	861	114	1.230	94	1.136	765	236	931	128	803	317	296	798	198	600	10	351	55	35	18

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

zu Frage 17:

Integrationen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)

Deutschland

Zeitreihe November 2013 bis April 2016

Berichtsmonatswert ALGII	Integrationen ELB							
	58 Jahre	59 Jahre	60 Jahre	61 Jahre	62 Jahre	63 Jahre	64 Jahre	65 Jahre
	1	2	3	4	5	6	7	8
November 2013	572	512	335	284	145	96	72	*
Dezember 2013	522	402	295	228	160	80	39	*
Januar 2014	502	456	353	252	171	110	48	-
Februar 2014	464	378	278	244	172	89	46	*
März 2014	622	538	392	356	204	118	61	5
April 2014	901	760	612	475	318	162	75	7
Mai 2014	903	738	628	500	333	153	86	9
Juni 2014	749	640	474	384	229	126	63	3
Juli 2014	880	713	556	466	285	148	65	5
August 2014	794	609	468	313	236	131	78	3
September 2014	815	654	446	394	261	138	66	8
Oktober 2014	786	567	415	363	239	127	83	*
November 2014	600	501	423	274	197	100	66	3
Dezember 2014	493	443	357	256	187	88	60	-
Januar 2015	752	647	491	436	294	139	67	*
Februar 2015	580	511	388	296	204	124	64	3
März 2015	680	555	495	322	257	124	67	*
April 2015	972	811	694	558	350	205	106	11
Mai 2015	801	687	582	467	343	164	67	11
Juni 2015	815	695	541	436	317	119	79	13
Juli 2015	757	642	491	367	250	140	76	6
August 2015	729	640	491	382	274	161	69	5
September 2015	806	653	559	453	329	163	94	17
Oktober 2015	701	603	493	361	274	160	74	11
November 2015	669	545	449	337	230	125	68	11
Dezember 2015	591	459	391	291	225	121	58	9
Januar 2016	624	477	423	330	232	133	73	8
Februar 2016	569	496	382	328	215	118	70	15
März 2016	660	498	433	358	261	130	62	10
April 2016	843	682	603	467	328	189	102	15

* aus Datenschutzgründen werden Werte <3 nicht ausgewiesen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

zu Frage 29:

Bedarfe von Regelleistungsberechtigen (RLB) in Single-Bedarfsgemeinschaften (Single-BG)

Deutschland und Bundesländer

Zeitreihe

Merkmal	Region	Jahresdurchschnitt 2014	Jahresdurchschnitt 2015
		durchschnittlicher Bedarf in €	durchschnittlicher Bedarf in €
		2	4
Insgesamt	Deutschland	703	714
	Westdeutschland	716	725
	Ostdeutschland	680	691
	01 Schleswig-Holstein	712	722
	02 Hamburg	762	768
	03 Niedersachsen	704	712
	04 Bremen	730	736
	05 Nordrhein-Westfalen	717	727
	06 Hessen	725	735
	07 Rheinland-Pfalz	679	689
	08 Baden-Württemberg	712	725
	09 Bayern	718	725
	10 Saarland	704	710
	11 Berlin	737	752
	12 Brandenburg	665	675
	13 Mecklenburg-Vorpommern	665	672
	14 Sachsen	651	662
	15 Sachsen-Anhalt	654	663
	16 Thüringen	643	650
Männer	Deutschland	691	701
	Westdeutschland	703	712
	Ostdeutschland	669	681
	01 Schleswig-Holstein	700	710
	02 Hamburg	743	748
	03 Niedersachsen	693	701
	04 Bremen	717	723
	05 Nordrhein-Westfalen	706	716
	06 Hessen	712	721
	07 Rheinland-Pfalz	664	674
	08 Baden-Württemberg	696	709
	09 Bayern	701	707
	10 Saarland	693	698
	11 Berlin	729	743
	12 Brandenburg	652	662
	13 Mecklenburg-Vorpommern	652	659
	14 Sachsen	641	651
	15 Sachsen-Anhalt	643	652
	16 Thüringen	629	637
Frauen	Deutschland	724	735
	Westdeutschland	737	748
	Ostdeutschland	698	709
	01 Schleswig-Holstein	733	744
	02 Hamburg	794	802
	03 Niedersachsen	722	731
	04 Bremen	751	761
	05 Nordrhein-Westfalen	736	747
	06 Hessen	747	759
	07 Rheinland-Pfalz	702	713
	08 Baden-Württemberg	738	751
	09 Bayern	744	753
	10 Saarland	722	730
	11 Berlin	754	767
	12 Brandenburg	689	700
	13 Mecklenburg-Vorpommern	689	696
	14 Sachsen	668	679
	15 Sachsen-Anhalt	673	683
	16 Thüringen	665	672

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333